

Die finanzielle Umverteilung für die linken Bildungsreformen

Durch die fast wöchentlichen Medienmitteilungen: „Klassenschliessung in Landiswil, Geristein, Säriswil...“ und über die vielen Kleinklassenschliessungen (24! nur in der Stadt Bern) werden Bürgerinnen und Bürger verunsichert, während dem Lehrpersonen schon lange die Faust im Sack machen oder dem Schuldienst den Rücken kehren. Als Bildungspolitikerin stelle ich fest, dass unser linker Erziehungsdirektor in kaum merklichen, aber sehr gut geplanten Schritten einschneidende, kostentreibende Reformen im Bildungsbereich umsetzt. Die neu eingeführten Schulleitungen sind ein Teil der Umsetzungsstrategie, denn sie müssen als verlängerter Arm der Erziehungsdirektion die Behördenmitglieder, Lehrpersonen und Eltern jeweils für die neuen Reformschritte indoktrinieren. Der Ideologie von SP und Grünen (Olibet, Pulver...), wonach alle Kinder gleiche Bildungschancen haben sollten, stehen die traditionellen Familien, die Kleinklassen und die Selektion im Wege. Deshalb müssen dort die Reformen ansetzen. So sollen Kinder möglichst nach der Geburt in die Hände von staatlich angestellten „Professionellen“ gegeben werden. Die ersten Schritte in diese Richtung sind nun aufgelegt, nämlich die obligatorische Einschulung von Vierjährigen mit einem umfangreichen Blockzeitenstundenplan und mit dem Auftrag, an jeder Schule einen Kinderbetreuungsdienst ab mindestens 10 Kindern von morgens 7 bis 18 Uhr, sowie einen Mittagstisch einzurichten. Es darf nicht sein, dass eine Gruppe von 10 Kindern eine Betreuerperson in Anspruch nehmen darf, dagegen eine Schulklasse mit 15 Kindern aufgelöst wird!

Weitere einschneidende Reformen sind die Integration von Kindern mit verschiedensten Defiziten in Regelklassen. Den dadurch überforderten Lehrpersonen soll ein teures „BetreuerInnen-Heer“ von Sozial- und Heilpädagogen, Sozialarbeitern und Psychologen unterstützend beistehen.

Lehrpersonen sollen für jedes Kind ein Portfolio erstellen, das die Noten ersetzt. Dass damit ein riesiger, administrativer Aufwand betrieben werden muss und die Vor- und Nachbereitung der Schulstunden leiden, scheint die Bildungsverwalter nicht zu kümmern.

Diese Reformen verlangen eine Umverteilung der finanziellen Mittel von den heutigen, kleineren Klassen mit Kindern mit ungefähr den gleichen Bedürfnissen und mit Lehrkräften, die ihren Bildungsauftrag den Kindern angepasst erfüllen, zu Schulklassen mit unterschiedlichem Entwicklungsstand der Kinder im kognitiven, sozialen und emotionalen Bereich und dementsprechend ausufernder Koordination mit zusätzlichen Hilfslehrkräften, die gezwungenermassen viel Bürokratie nach sich zieht. Auch die Tagesstrukturen ausserhalb der Schulzeit und Fahrdienste werden den Kanton ungefähr 36 Millionen CHF im Jahr kosten. Diese finanzielle Umverteilung kann nur ein gemeinsamer, mutiger Protest der Lehrpersonen und der Bürgerinnen und Bürger stoppen.

Sabina Geissbühler-Strupler, Primarlehrerin, Grossrätin SVP